



# MUS

ranet, die sogenannte Zwei-Faktor-Authentifizierung. **Dieses Verfahren ist besonders im E-Banking verbreitet.** Beim Login wird zusätzlich zum Passwort ein weiteres Sicherheitselement benötigt, **etwa ein Code, der per SMS zugestellt wird.** Ein Verfahren, das bei sensiblen Logins Standard ist.

«Grundsätzlich», sagt Mark Stucki, «haben vertrauliche Parlamentsunterlagen auf privaten Dropbox-Konten nichts verloren.»



SVP-Nationalrat Lukas Reimann hat sein Passwort sofort geändert.

# team ist



bäude. Bestand hat nichts davon. Das meiste wird noch diese Woche angezündet.

XXL-Reportage mit Video-Livestream vom Festival auf [Blick.ch](http://Blick.ch)

Fotos: Sabine Wunderlin, EQ Images, Keystone

## POLITIK & WIRTSCHAFT

### Avanex und Sansan verschwinden

**Bern** – Die Krankenkassen Avanex und Sansan, die rund 400 000 Personen versichern, verschwinden 2017 vom Markt. Avanex wird in die Helsana integriert, Sansan in die Krankenkasse Progrès. Die Helsana-Gruppe bestätigte gestern eine Meldung der Zeitung «Le Temps». Den Versicherten soll ein zu hoher Prämienanstieg erspart werden. Im Schnitt werden die Prämien in der Grundversicherung für das nächste Jahr bei der Helsana-Gruppe um 3,7 Prozent steigen.

### Irland klagt gegen Apple-Entscheid

**Dublin** – Geht es nach der EU-Kommission, muss Apple in Irland gut 14 Milliarden Franken an Steuern nachzahlen. Doch die Iren spielen nicht mit. Dublin will den Vorwurf unerlaubter Staatshilfen nicht auf sich sitzen lassen und kündigt eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof an.

### Bundes-Fonds hilft Schwellenländern

**Bern** – Laut der Gesellschaft für Entwicklungsfinanzierung des Bundes (Sifem) haben Schweizer Firmen zum Jobwachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern beigetragen. In Ländern, in die die Sifem 2015 investierte, stieg die Zahl der Jobs um sechs Prozent. Die Sifem beteiligt sich über regionale und lokale Fonds an Firmen.

### Neuer Mindestzinssatz stösst auf Ablehnung

**Bern** – Der Mindestzinssatz in der beruflichen Vorsorge soll 2017 von heute 1,25 auf 1,0 Prozent gesenkt werden. Dies empfiehlt die zuständige Kommission dem Bundesrat. Der Gewerkschaftsbund warnt vor tieferen Pensionskassenrenten. Aber auch der Versicherungsverband kritisiert den Vorschlag, er erachtet den geplanten Zinssatz immer noch als zu hoch.



Die Unfallstelle am Hinter Tierhorn.

### F/A-18-Absturz Wieso kam es zum Crash?

**Meiringen BE** – Weshalb zerschellte die F/A-18 von David G.\* (†27) am Montag nach dem Start in Meiringen BE an einer Krete im Sustengebiet? Die Antwort steht weiter aus. **Gestern wurden weitere Trümmerteile geborgen – die Black Box war nicht darunter.** «Die Untersuchung kann mehrere Monate dauern», sagt Tobias Kühne, Sprecher der Militärjustiz. Laut der SRF-Sendung «10 vor 10» hatte David G. von der Flugsicherung Skyguide falsche Höhenangaben bekommen (BLICK berichtete). Skyguide wollte «diese Spekulationen weder bestätigen noch dementieren». **Gabriela Battaglia**

## Börse & Devisen

SMI	8294.3 (+1.9%) ↗
DOW JONES	18472.2 (+0.3%) ↗
EURO/CHF	1.09 ↘
USD/CHF	0.98 →
GOLD	41578 Fr./kg ↗
ERDÖL	46.82 \$/Fass ↗



# Weniger Volkswille geht nicht

Masseneinwanderungs-Initiative soll sanft umgesetzt werden

Am 9. Februar 2014 sagten 50,3 Prozent der Stimmbürger Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative der SVP.

Foto: Keystone

### Das meint Blick

**Nico Menzato**  
Bundeshausredaktor  
[nico.menzato@ringier.ch](mailto:nico.menzato@ringier.ch)

schon heute. Die bilateralen Verträge lassen dies explizit zu. Die Passage im Gesetz wurde fast eins zu eins aus dem Personenfreizügigkeitsabkommen kopiert.

**Zudem lautet das Signal der Politiker nach Brüssel: Wir sind zufrieden mit dem nicht erreichten Deal** – und müssen nicht mehr weiter verhandeln. Denn die EU wird am Gesetz nichts auszusetzen haben.

Damit das klar ist: Wie bei Volksinitiativen üblich kann und soll auch diese nicht eins zu eins umgesetzt werden. Und die SVP ist mitschuldig an der jetzigen Lösung. Sie hat ihre roten Linien nicht klar artikuliert – und hat laut Quellen **Komprommisschlüsse konsequent abgeschmettert.**

Trotzdem hätte die Nationalratskommission ihren Spielraum besser nutzen müssen –

Sie gewichten das Personenfreizügigkeitsabkommen und den Fortbestand der bilateralen Verträge viel höher als die Verfassung. **Der Kern der Initiative, die eigenständige Steuerung der Zuwanderung, wird ignoriert.** Denn noch immer steuert die Wirtschaft und nicht die Politik die Zuwanderung. Weniger Volkswille geht fast nicht.

**Noch immer steuert die Wirtschaft und nicht die Politik die Zuwanderung.**

Die vorgeschlagenen Massnahmen (siehe Artikel rechts) sind politisch unbestritten. Weitergehende Abhilfemassnahmen darf der Bundesrat nur dann ergreifen, wenn er schwerwiegende wirtschaftliche oder soziale Probleme im Land geltend macht. Und das auch nur, wenn die EU zustimmt.

**Dieser Paragraph ist ein Blendwerk. Er gibt der Schweiz keinen neuen Hebel in die Hand** – genau dies darf der Bundesrat nämlich

### Christoph Blocher zum Entwurf der Nationalrats-Kommission

# «Das ist ein fertiger Seich!»



SVP-Strategie Blocher droht mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Foto: Keystone

**Blick** Was sagen Sie zum Entwurf der Kommission?

**Christoph Blocher:** Das ist eine Nulllösung, ein fertiger Seich. Die Kommission nimmt keinerlei Rücksicht auf den Volkswillen. **Sind Sie überrascht?**

Nein, das hat sich seit langem abgezeichnet. Wir haben früh gemerkt, dass der Freisinn ein Päckli mit den Sozis schnüren will. Damit war die Sache klar. **Sie hatten die CVP auf Ihrer Seite.** Die CVP hat zumindest ernsthaft versucht, eine griffige Lösung zu finden. Nur nützt das nichts, SVP und CVP haben keine Mehrheit im Parlament. **Wieso kam es nicht zum bürgerlichen Schulterschluss mit CVP und FDP?**

Eben: Die FDP will sich mit Links ins Nest legen und das Volk verseckeln. Die haben drei Jahre daran gearbeitet, den Ver-

fassungsauftrag nicht umzusetzen, sondern der EU zu gefallen. Wie soll man mit so jemandem einig werden?

**Waren Sie vielleicht zu wenig kompromissbereit?**

Wir wollten umsetzen, was das Volk beschlossen hat. Ist das zu wenig kompromissbereit? Wir waren bereit, uns zu bewegen. So hätten wir uns vorstellen können, bei Mangelberufen von Kontingenten abzusehen. Aber auf Kontingente zu verzichten – das ist mit uns nicht zu machen. Setzt sich die Kommission im Parlament durch, werden wir das Gesetz ablehnen. **Immerhin gibt es einen leichten Inländervorrang. Theoretisch sind im Notfall auch Höchstzahlen und Kontingente möglich.**

Es wurden alles nur Kann-Bestimmungen ins Gesetz aufgenommen – nichts ist also zwin-

gend. Und die anderen Parteien haben der EU ein Vetorecht eingeräumt. Zu Kontingenten und Höchstzahlen wird die EU doch nicht Ja sagen.

**Warum war die SVP nicht von Anfang an ehrlich und hat gleich die Kündigung der Personenfreizügigkeit verlangt?**

Das wäre unanständig. Das Abkommen sieht die Möglichkeit zu Nachverhandlungen vor. Doch das hat niemand in Bern ernsthaft gewollt.

**Das kann die SVP nicht auf sich beruhen lassen. Was machen Sie?**

Wir warten nun den parlamentarischen Prozess ab und schauen, wie sich das Gesetz nach Inkrafttreten entwickelt. Wird die Zuwanderung nicht gesenkt, lancieren wir eine Initiative zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens.

Interview: Sermin Faki

und **zumindest einen schärferen Inländervorrang oder Höchstzahlen als letztes Mittel ins Gesetz schreiben sollen** für den Fall, dass der Inländervorrang zu wenig Effekt zeigt. Eine Idee, die weit vom SVP-Wunschskatalog entfernt ist. **Ein Modell, das notabene der Arbeitgeberverband entworfen hat** – ein Verband, dem die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften, die bilateralen Verträge und ein gutes Verhältnis mit der EU heilig sind.

Aussenpolitisch haben die Politiker gestern keinen Flurschaden mit Europa angerichtet. Die EU dürfte sich über das Gesetz freuen. Innenpolitisch jedoch ist die Schweiz damit keinen Schritt weiter gekommen. Denn das Gesetz verletzt die Verfassung in derart krasser Weise, dass es **zwingend eine neue Zuwanderungs-Abstimmung geben muss.**

## So wird die Initiative umgesetzt

**Bern** – Zweieinhalb Jahre nach Annahme der SVP-Masseneinwanderungs-Initiative hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrats gestern das Gesetz zur Umsetzung vorgestellt.

► **Kernstück** ist ein Inländervorrang light. In einem ersten Schritt soll der Bundesrat Massnahmen zur **besseren Ausschöpfung des Potenzials inländischer Arbeitskräfte** vorsehen.

► In einem zweiten Schritt müssten Firmen ihre **offenen Stellen den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) melden** – wenn die Zuwanderung einen bestimmten Schwellenwert überschreitet.

► **Weitergehende Massnahmen** wie Höchstzahlen oder auch eine Einwanderungsgebühr können nur beschlossen werden, **wenn die EU zustimmen würde.**

► **Auf Höchstzahlen und Kontingente, wie im Initiativtext verlangt, wird verzichtet.**

Die Kommission stimmte dem Vorschlag mit 16 zu 9 Stimmen zu. Er hat gute Chancen, im Herbst im Nationalrat und im Winter auch im Ständerat durchzukommen. Mit Ausnahme der SVP stimmten alle Parteien zu. Langwierige Verhandlungen mit der EU zur Anpassung der Personenfreizügigkeit erübrigten sich nun, sagen die Befürworter.